

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 3 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Um das Schlichtungswesen und die Sozialpolitik.

Die Sozialpolitik war am 24. und 25. Oktober in Mannheim Gegenstand eingehender Erörterungen. Die Gesellschaft für soziale Reform hielt dort ihre Hauptversammlung ab. Wie immer war der Besuch sehr gut. Behördenvertreter aller Art, Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände, der Sozialversicherungskörper und mehr oder weniger sozial eingestellte Privatleute waren wieder einmal zusammengelassen, um insbesondere über die Probleme Schlichtungswesen und der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik zu beraten. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Verhandlungen im Rahmen der Gesellschaft für soziale Reform mehr oder weniger akademischen Charakter haben, so finden diese Veranstaltungen dennoch in der Öffentlichkeit breiteste Aufmerksamkeit. Vor dem Kriege war diese Gesellschaft ein Ruf- und Mahner in der kapitalistischen Wüste. Man stellte Forderungen auf und suchte sie mit aller Leidenschaft zu propagieren. Heute haben sich die Dinge insofern geändert, als der Wert der Sozialpolitik in gewissen Schichten nicht mehr so hoch im Kurs steht. Zudem sind hier viele ehemals ersehnte Forderungen längst verwirklicht, und zuletzt sind weite Kreise des Bürgertums antisozial eingestellt und bekämpfen jede sozialpolitische Erweiterung. Angesichts dessen sind die Kongresse der Gesellschaft wesentlich anders zu bewerten.

Bei dem zur Erörterung stehenden Schlichtungswesen wurde eine Forderung berührt, die heiß umkämpft wird. Sie ist zum Tummelplatz leidenschaftlicher Auseinandersetzungen geworden. Man richtet heftige Angriffe gegen den Staat, weil er den gebundenen Lohn mit Hilfe des Schlichtungswesens festhält. Der erste Redner, der bekannte Professor Dr. Singheimer, behandelte die Reform des Schlichtungswesens sowohl von ihrer grundsätzlichen wie von ihrer praktischen Seite aus. Seiner Rede lagen folgende Gedanken zugrunde: Der Begriff der Wirtschaft hat sich gewandelt. Man kann nicht mehr nur von einer reinen Privatwirtschaft, aber auch nicht von einer sozialistischen Wirtschaftsform reden. Die wirtschaftlichen Vorgänge sind keine Domäne privater Personen mehr, sondern durchaus öffentliche Angelegenheiten. Ferner ist die Wirtschaft nicht mehr rein individualistisch, sondern weite Züge derselben sind kollektiv. Nicht mehr Einzelpersonen entscheiden über große und weittragende Dinge, sondern kollektive Machtgruppierungen. Sie sind zu Grundvoraussetzungen des Rechts geworden. Angesichts dieser Entwicklungsfaktoren kann es nach keiner Seite mehr verantwortet werden, daß die Lohnfestsetzung nach rein individualistischen Voraussetzungen geschieht. Die Lohn- und im weiteren Sinne auch die Preisbildung sind öffentliche Angelegenheiten geworden, die letzten Endes das ganze Volk berühren. Von den Unternehmern wird hauptsächlich die Berechtigung des staatlichen Eingriffs in der Form der Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen bekämpft. Sie treten für den freien Tarifvertrag ein, obwohl sie diesen früher mit derselben Leidenschaftlichkeit zugunsten des freien Arbeitsvertrages bekämpft haben. Die Grundlagen des wirtschaftlichen Liberalismus sind längst beseitigt, dennoch treten die Unternehmer auf dem Gebiete der gewerblichen Arbeitsfreistigkeiten für die reine Manchestertheorie ein. Der Staat soll sich jeden Eingriffes enthalten in einer Zeit, wo Privatmonopole weite Gebiete der Wirtschaft beherrschen, wo Machtgruppierungen riesigen Ausmaßes vorgekommen sind und die öffentliche Macht der Behörden in den Schatten zu stellen drohen. Vollständige Freiheit im Arbeitskampf würde dazu führen, daß die Löhne, namentlich dort, wo schwache Gewerkschaften bestehen, niedrig gehalten werden. Deshalb kann eine Reform des Schlichtungswesens nicht so weit gehen, daß der staatlich beeinflusste Zwangsschiedspruch beseitigt wird.

Als Korreferent trat der Professor v. Beckerath auf. Er setzte sich für die Freiheit im Arbeitskampf gegen den Zwangsschiedspruch und den staatlichen Einfluß überhaupt ein. Herr v. Beckerath redete weiter über die geschwundene Selbstverantwortlichkeit bei den Arbeitsfreilig-

keiten. Wenn eine Verbindlicherklärung erfolgen sollte, dann könne darüber nicht ein einzelnes Ministerium entscheiden, sondern das Gesamtkabinett. Die Aussprache war eine sehr ausgedehnte. Bekannte Gewerkschaftsführer und Vertreter der Unternehmerverbände brachten das Für-

Zur Revolutionstafel!

Seh'n wir zurück auf hingefunk'ne Tage,
die schon sich zählen zur Vergangenheit!
Unmenschlich fast war uns'res Duldens Plage
im unerhörten, blut'gen Völkerrreit.
Wie lange Jahre — wundgepeitschte Herzen
und Leiden, die kein Mensch zu schildern wag't,
sie schwellen an zu einem Berg der Schmerzen,
der alles je Ersitt'ne überragt!

*

Auf stand das Volk! Es brach die starken Ketten,
die fester Lüge Macht um sie gelegt.
Nun war es willens, selber sich zu retten,
hat tote Form im Sturm hinweggelegt.
Des Kampfs gewohnt, erstieg es jene Schanzen,
die es vom wahren Frieden abgesperrt;
und hat mit neuen Wägens scharfen Rängen
vermorschte Herrschaft jäh vom Thron gezerrt!

Die einfl'gen Säulen brachen schmeißend nieder
und stürzten so den weiten Appellbau
der Geistesknutschafft; man errang sich wieder
den freien Blick in freien Himmels Blau.
Da brach der Sonne gültig reines Strahlen
in unser Herz und müde Seelen ein;
aus ew'gen Lichtes leuchtenden Portalen
wuchs einer neuen Hoffnung Glorienschein!

Die neue Hoffnung mahnt: In starkem Ringen
als Bruder fest zu unsern Brüdern keh'n!
Vereinte Kraft wird endlich doch erzwingen
ein Reich, wo neuer Freiheit Banner wehn!
Bis dahin heißt es: Nimmermehr verzagen,
zu sehen Stein auf Steine unerschlafft;
ein Freiheitsbau soll in die Wolken ragen,
als Frucht geeinter Menschenbruderschaft!

August Steinbrügger.

und Wider je nach ihrer sachlichen Einstellung zu dem Thema vor. Allgemein anerkannt wurde, daß der freie Tarifvertrag das erstrebenswerteste Ziel sei. Der ehemalige Staatsanwalt und jetzige Geschäftsführer der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Dr. Grauert, ein an der vorjährigen Ruhr-aussperrung sehr wesentlich beteiligter Herr, vertrat den Unternehmerstandpunkt in längeren Ausführungen. Wenn auch die Töne in dieser Versammlung gedämpft waren, so konnte man doch den Willen heraus hören, den staatlichen Eingriff in die Lohnfestsetzung unter allen Umständen zu unterbinden. Im übrigen war die Aussprache reich an Gedanken. Eine Einigung kam allerdings nicht zustande und die Probleme harren nach wie vor einer Lösung.

Die Erörterung über das Thema:

„Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik“

brachte eine Reihe neuer Gesichtspunkte. Das Referat über diese Frage hatte Professor G. Brieß übernommen. Er ging von dem Gedanken aus, daß sich die neue Sozialpolitik von der alten dadurch unterscheidet, daß sie das grundsätzliche Primäre der Wirtschaft verneint, indem sie sozialpolitische Ziele im gewissen Umfang autonom fest. Die Autonomie der kapitalistischen Wirtschaftsweise stößt in stärkstem Umfang mit der sich entwickelnden Autonomie der sozialpolitischen Institutionen zusammen. Weiter beschäftigte sich der Referent mit den Auswirkungen der Sozialpolitik bei den Wirtschaftsvorgängen Kapitalbildung, Warenpreise und Verbrauch. Eine zweckmäßige Lohnverwendung und eine richtige Proportion zwischen Kapitalbildung und Sozialaufwand seien notwendig, die letztere dürfe nicht überspannt werden.

Die Aussprache über diesen Punkt stand der über die Frage des Schlichtungswesens an Lebendigkeit und Gedankentechtheit nicht nach. Wir halten daraus das Folgende fest: Professor Schulze-Gaevernich rief den Arbeitnehmern zu: Der Nominallohn ist gleichgültig, alles kommt auf den Reallohn an. Alle andern Bestrebungen sind zwecklos. Gegen jene Sozialpolitik, die ohne Rücksicht auf die Produktivität durchgeführt werden soll, gibt es ein Schlagwort: Markterweiterung; um dies zu erreichen, darf die deutsche Ware nicht teurer sein als die anderer Staaten. Die um die Sozialpolitik streitenden Parteien sind zu einigen unter dem Ziele des Preisabbaues, Steigerung der Reallohnne und Markterweiterung. Des ferneren setzte sich der Redner für die Beseitigung der Zollmauern ein. Deutschland muß aufrufen zu einem Bündnis der großen exportierenden Industrien und der organisierten Arbeiterschaft. Dieses Bündnis sei viel wichtiger als jede Einzelfrage der Sozialpolitik. Dann könne ein neues Deutschland entstehen, das wieder mächtig sei, und so glaube er an das Land unserer Enkel.

Der Gewerkschaftsvertreter Kollege Tarnow will nicht für die Enkel, sondern für die jetzt lebende Menschheit bereits Erfolge sehen. Er weist auf die große Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität in den letzten 30 Jahren hin. Das bedeute ein Wachstum der Lebensmöglichkeiten. Der heutige Ruf nach Kapitalbildung sei die größte Gefahr für die Sozialpolitik. Nicht nur an den Quellen, bei den Unternehmern, könne Kapital gebildet werden. Viel wichtiger ist es, das bereits investierte Kapital zu beschäftigen, wozu die Sozialpolitik unbedingt erforderlich sei. Der Kollege Spließ vom ADGB, wendet sich gegen die Behauptung, daß Deutschland allmählich verarme. Die Ergebnisse in den letzten sechs Jahren deuten auf eine günstige Verfassung der deutschen Wirtschaft hin. Eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei möglich unter der Voraussetzung, daß allerseits absolut ehrlich an diese Frage herantreten wird. Die weiteren Reden ergänzten diese Gesichtspunkte nach verschiedenen Seiten. Der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, Herr v. Noßitz, und der Leiter der Verhandlungen faßten in der Schlussrede das Ergebnis der Aussprache zusammen mit der Feststellung, daß im Sinne der Klärung die Debatten nicht fruchtlos gewesen seien. Es sei vor allen Dingen die fundamentale Tatsache klar zutage getreten, daß niemand den wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik zu leugnen gewagt hat. Es verdient noch erwähnt zu werden, daß die Gesellschaft für soziale Reform für die baldige Einführung des neunten Schuljahres eintritt. Es sei nicht zu rechtfertigen, daß ältere Leute arbeitslos auf der Straße liegen, während ganz junge Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt — zum Schaden ihrer körperlichen Entwicklung — viel zu früh zufließen.

So endeten die sicher nicht unwichtigen Verhandlungen in Mannheim. Auch für die Arbeiterschaft sind die dort erörterten Fragen von großer Wichtigkeit. Das Wort Sozialpolitik ist zu einem weiten Begriff geworden und umfaßt eigentlich alles, was sich unter der Idee Erweiterung der Lebensmöglichkeiten und Wohlergehen aller denken läßt. Die bestehenden

Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit

hat der Kongress, bei allen ehrlichen Versuchen auf Verständigung, erneut wieder klar aufgezeigt. Zwar gehörten die dort anwesenden Vertreter des Unternehmertums nicht gerade zu den schlimmsten Scharfmachern. Aber auch die Gemäßigten kommen über ihren rein kapitalistischen Gesichtskreis nicht hinaus. Dessen ungeachtet darf man der Gesellschaft für soziale Reform die Existenzberechtigung nicht absprechen. Sollen die Auseinandersetzungen über den Charakter akademischer Erörterungen hinausgetrieben werden, dann muß die Arbeiterschaft als der aufstrebende Teil der Wirtschaft — den Machtfaktor, den sie sich in ihren Gewerkschaften geschaffen hat, zu einem unüberwindlichen Fels ausbauen. Ohne energischen Kampf werden auch in Zukunft keine Erfolge zu erringen sein!

Kennst Du es schon?

UNSER FACHBLATT DER MALER
Frage Deine Fillaverwaltung! Sie gibt Dir jede Auskunft!

Von den Tagungen unserer Arbeitgeber.

Wir halten es seit Jahren für unsere Pflicht, den Tagungen der Arbeitgeber aufmerksam zu folgen. Es werden dort wirtschaftliche Fragen für das Gesamtgewerbe, die damit im engsten Zusammenhang stehenden Tarif- und Lohnprobleme, kulturelle und allgemeingewerbliche Themen erörtert. Die Art der Behandlung dieser Aufgaben auf den Arbeitgeber tagungen vermittelt uns einen Blick in die Einstellung eines großen Teiles der Arbeitgeber des Malergewerbes zu den verschiedenen Gebieten. Dabei ist es selbstverständlich, daß die zentrale Tagung des Reichsbundes für das deutsche Maler- und Lackiererhandwerk, der weitaus stärksten Arbeitgeberorganisation, unser größtes Interesse verdient; denn von der hier herrschenden Auffassung wird es im wesentlichen mit abhängen, wie und in welchem Geiste die notwendigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Zukunft erfolgen.

Einen Bundestag hat der Reichsbund in diesem Jahre nicht abgehalten. Dafür traten der Vorstandsrat und der Hauptausschuß am 3. August in Königsberg zusammen, um zu einigen wichtigen Verbandsangelegenheiten Stellung zu nehmen. Sehr eingehend beschäftigte sich der Hauptausschuß nach einem einführenden Referat des Bundespräsidenten Herrn Kruse mit den letzten Lohnverhandlungen. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß nach einem Bericht der Arbeitgeberpresse besonders die Delegierten des Bezirks Sachsen eine Aenderung der gegenwärtigen Verhältnisse verlangten; denn schon auf der Obermeister tagung für Sachsen am 29. Juni hatte sich eine recht große Verdrossenheit mit dem Verhandlungsergebnis gezeigt. Diese kam auch auf dem Sächsischen Maler tag, der vom 22. bis 27. August in Meißen abgehalten wurde, nochmals zum Ausdruck. Auf der Königsberger Tagung wurden noch Beschlüsse zur vierjährigen Lehrzeit, Aenderung des Reichstarifvertrages und der Verdingungsordnung, sowie zur Förderung des Wanderns gefaßt.

Einen breiten Raum nahm in den Verhandlungen nach einem Bericht von Herrn Lohmann, dem Vorsitzenden der Kommission für das Lehrlingswesen, die vom Ausschuß vorgelegte Lehrlingsordnung ein. Zu der von uns geforderten Mitarbeit auf diesem Gebiet wurde beschlossen, sich an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten, im übrigen aber dem Ermessen des Ausschusses zu überlassen, wie weit dem Wunsche der Gehilfenorganisation Rechnung getragen werden soll. Die Fertigstellung der Lehrlingsordnung soll erst nach Verabreichung des Berufsausbildungsgesetzes erfolgen. — Herr Oberstudienrat Rüdert erhaltete einen Bericht über die Aufgaben und die erste Sitzung des kunsthandwerklichen Ausschusses.

Diesen Verhandlungen folgte am 4. August der Ostdeutsche Maler tag. Hier referierte Oberstudienrat Rüdert, München, über „Die Zukunft des Malerhandwerks“, und Herr Obermeister Hansen, Hamburg, über „Die Organisation des Handwerks im neuen Deutschland“.

Eine der bedeutendsten, im Rahmen der von den Gauverbänden veranstalteten Tagungen hielt der Gau Norddeutschland am 22. Mai und den folgenden Tagen in Altona ab, der zugleich eine größere Ausstellung „Die Farbe“ damit verbunden hatte. Es war nicht nur eine Ausstellung des eigentlichen Malergewerbes und der im Gaubereich befindlichen Schulen, sondern es beteiligten sich auch die einschlägigen Firmen der Werkzeug- sowie der Farben- und Lackindustrie, der Buchhandel und die Fachpresse. Unter anderem hatte auch der Verlag des „Fachblatt der Maler“ dort ausgestellt. Bemerkenswert war die Annahme einer längeren Entschliebung des Gauausschusses zum Lehrlingswesen im Maler- und Lackierergewerbe.

Auf dem Norddeutschen Maler tag am 26. Mai referierte Oberstudienrat Rüdert über „Kollektivismus und Individualarbeit in Farbe und Form“. Weitere Vorträge hielten Oberbaurat Dr.-Ing. Hellweg, Hamburg, und Professor Lauffer, Hamburg, Direktor des Museums für Hamburgische Geschichte.

Auf dem Verbandstag des pfälzischen Maler- und Lünchermeisterverbandes am 9. Juni in Bad Dürkheim war von besonderer Bedeutung ein Referat des Reichsbundpräsidenten Herrn Kruse über „Das Maler- und Lünchergewerbe im Spiegel der Gegenwart“. Darin behandelte er alle aktuellen Berufsfragen, allerdings manchmal in einer unseres Erachtens recht anfechtbaren Weise. So stimmen wir ihm darin nicht zu, daß die Gehilfen früher mehr geleistet haben als jetzt, und daß es notwendig sei, die vierjährige Lehrzeit im Gewerbe einzuführen. Besonders verwunderlich erscheint uns seine Stellungnahme gegen die geplante Beilehungsverordnung, da wir sonst auch von den Arbeitgebern zu hören gewohnt waren, daß die Erhaltung der Gesundheit der im Gewerbe Beschäftigten den finanziellen Gesichtspunkten vorzugehen müsse.

Das Programm zum 29. Verbandstag der bayerischen Maler- und Lackiererinnungen in Bayreuth sah eine Fachschulerkonferenz mit Referaten der Herren Professor R. Ruppflin über „Die Krise im Malerhandwerk“ und Oberstudienrat Rüdert über „Der Fachschulunterricht in den gemischten Berufsschulen“ vor. Auch hier war eine Ausstellung veranstaltet. Von der Tagesordnung des Verbandstages sind neben einem Referat des Bundespräsidenten Herrn Kruse besonders die Referate über „Kulturpolitischer Bilderbogen des Malerhandwerks“ von Herrn Dr. Egel, München, und „Die neuen Unfallverhütungsvorschriften im Maler- und Lünchergewerbe“ von Landesgewerbeberater und Malermeister Herrn Nik. Stolz, München, zu erwähnen.

Der Württembergische Malerbundestag wurde am 23. und 24. Februar in Heilbronn abgehalten. Hier wie auch auf dem Niedersächsischen Bundestag vom 16. bis 18. August in Bad Harzburg wurden fast die gleichen Fragen wie auf den andern Tagungen behandelt. In Harzburg fand eine Konferenz mit den Fachschul Lehrern statt, auf der Vorträge über Berufsschulfragen gehalten wurden. In Heilbronn hielt neben dem Reichsbundpräsidenten Herrn Kruse über „Wirtschaftliche Nöte des Malerhandwerks“ Herr Malermeister Fuchs, Stuttgart, einen Vortrag über „Windmittel“. Er setzte sich für die Einführung der Spritzmaschine ein. Der 9. Thüringer Malerbundestag fand am 9. Februar in Ostha statt. Er nahm unter anderem einen Vortrag von Stenographenmeister Müller über „Finanzamt und Malermeister“ entgegen. Nicht unerwähnt sollen bleiben die Tagungen des Gau Brandenburg vom 1. bis 3. März in Spremberg, des Mitteldeutschen Malerbundes vom 1. bis 3. Juni in Alfenburg und des Badischen Maler- und Lünchermeisterverbandes vom 15. bis 17. Juni in Konstanz. Neben wirtschaftlichen und tarifpolitischen Angelegenheiten stand überall die Frage des beruflichen Nachwuchses im Vordergrund der Verhandlungen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß auf allen Tagungen außerordentlich über die ungünstige Lage des Gewerbes geklagt wurde. Aber so ernstlich man auch nach Mitteln und Wegen zur Abhilfe suchte, ist doch kaum irgendwo ein praktischer Weg aufgezeigt worden, der positive Erfolge verbürgen könnte.

Der 12. Bundestag des Bundes Deutscher Dekorationsmaler, einer „Standesvereinigung der Persönlichkeiten-Meister im deutschen Malerhandwerk“,

wurde vom 14. bis 16. Juni in Darmstadt abgehalten. Es waren Vertreter von 40 Städten anwesend. Der Geschäftsbericht ließ eine Aufwärtsentwicklung des Bundes erkennen. In Erledigung der Tagesordnung sprachen Herr Heiland, Köln, über „Resignation und Tat“, Herr Grothaus, Essen, über „Wirtschaftliche Gegenwartsprobleme im Malerhandwerk“, Herr Schmeizer, Saarbrücken, über „Neue Handwerksgeetze und Verordnungen und ihre Auswirkung auf das Malerhandwerk“, Herr Professor Ruppflin, Augsburg, über „Künstlerische, handwerkliche und technische Gegenwartsprobleme im Malerhandwerk“ und Herr von der Heide, Köln, über „Die organisatorische Gliederung im Malerhandwerk“. Beschlossen wurde ein Ausbau der Bundeszeitschrift „Form und Farbe“. In einer öffentlichen Bundesversammlung am 16. Juni sprach dann noch der Direktor der städtischen Kunstschule in Mannheim, Herr Hartlaub, über das Thema „Handwerk und Gegenwart“. Er vertrat die Auffassung, daß das Malergewerbe „auf eine Neubegründung hoffen könne, weil zu erwarten ist, daß sich die heutige Sachlichkeit dereinst wieder einmal mit mystischen Bewegungen vereint und dadurch neue Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden“.

Anlässlich seines 40jährigen Bestehens trat der Schlesische Malerbund vom 14. bis 16. Februar zu einer Jubiläumstagung in Warmbrunn zusammen. Nach dem Bericht in seiner Zeitschrift „Schlesischer Malerbund“ hatte sie einen ungewöhnlich starken Besuch aufzuweisen. Die Vorträge galten besonders wirtschaftlichen Fragen, dem Berufsnachwuchs und der Berufsschule. Auch mit dieser Tagung war eine Fachausstellung verbunden.

Der Rheinisch-Westfälische Maler-Innungsverband hielt seinen 8. Verbandstag am 3. und 4. August in Bonn a. Rhein ab. Man ließ es bei der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten bewenden; besondere Vorträge standen nicht auf der Tagesordnung.

Der Vorschub auf das Jänholzmonopol.

Das ungenügende Ergebnis der zuletzt aufgelegten Reichsanleihe hat dem Deutschen Reich eine Verschärfung seiner ohnehin schlechten Finanzlage gebracht. Auf der Suche nach einer ergiebigeren Geldquelle, zu der sich der Reichsfinanzminister bei dem Versagen des inländischen Kapitalmarktes genötigt sah, ist ihm der „Schwedische Jänholzruß“ auf halbem Wege entgegen gekommen. Es war nicht anzunehmen, daß Ivar Kreuger, der Leiter des Schwedenrußes, dem Deutschen Reich 120 Millionen Dollar oder 500 Millionen Reichsmark zu verhältnismäßig niedrigen Zinssätzen auf die Dauer von 50 Jahren ohne entsprechende Gegenleistung zur Verfügung stellen wird. Ist den Führern des Rußes doch hauptsächlich darum zu tun, ihre schon heute bestehende wirtschaftliche Überlegenheit in der internationalen Jänholzproduktion auch auf Deutschland auszuweiten. Nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ über den zustand gekommenen Vertrag sind die Bedingungen für Deutschland zumindest nicht ungünstiger, als sie ein deutsches Geldgeberkonkordat vor ausschließlich gestellt hätte. Der Berichtsfasser meldet aus Stockholm:

„Zwischen der Reichsregierung und der Svenska Länstills A. B. sowie der N. V. Financieele Mij. Kreuger & Toll ist ein Vertrag abgeschlossen worden, wodurch das Monopolrecht zum Verkauf, Export und Import von Streichhölzern in Deutschland der Deutschen Jänholz-Verkaufs-Gesellschaft übertragen wird, die voraussichtlich auf Grund dieser Transaktion später ihren Namen ändern wird. Die Zeit für die Ueberlassung des Monopols ist auf mindestens 32 Jahre und höchstens 50 Jahre bemessen wor-

Die Wahl der Volksbeauftragten.

(Eine Jahreserinnerung zum 11. November 1918.)

Schicksalhaft war der alte Militärstaat am 9. November 1918 zusammengebrochen. Am 11. November wollten die Arbeiterfamilien aus den Berliner Proletariervierteln den Tag der Revolution, des Friedens und der Freiheit dort begrüßen, wo das Herz der jungen Republik schlägt... im Herzen Berlins. In unendlichen Reihen strömten sie der Friedrichstadt zu, die von revolutionären Truppen abgesperrt war. Die Tollheit in höchster Potenz spielte sich am den Markt ab, wo ehemalige kaiserliche Offiziere und Jungdeutschlandbündler mit schweren und leichten Maschinengewehren blindwütig um sich schossen. Nur der Besonnenheit und dem selteneren Eingreifen der wackeren Kämpfer für die neue Freiheit ist es zu danken, daß diese Tage so wenig Opfer forderten.

Nachmittags 5 Uhr: Konstituante des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates im Zirkus Baich.

Um den Markt tobten noch heftige Kämpfe. Vom Schloß aus konnten die verbrecherischen alldeutschen Schergen den freien Platz vor dem Zirkus mit Maschinengewehren bestreuen.

Es dämmerte schon, als ich als Vertreter der Zensur des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates für das Wolffsche Telegraphenbüro auf weiten Umwegen — das große Schloßviertel war wegen der Schießerei abgesperrt — mich zum Zirkus begeben konnte. Der letzte Rest des Weges mußte durch Gewehrfeuer genommen werden. Diese sonderbaren Heiden, die auf dem Dach des Schlosses Maschinengewehre aufgestellt hatten, mußten Lunte gerochen haben, daß die wichtigste Versammlung der jungen Revolution am diese Stunde im Zirkus Baich tagen sollte, denn sie schossen fast ohne Unterbrechung über den freien Platz. Diese Versammlung des Arbeiter- und Sol-

datenrates nenne ich die wichtigste der Revolution, da sie über die Zusammensetzung des Rates der Volksbeauftragten beschließen sollte. Und was das Bedeutsamste war: die Einigkeit des Proletariats herbeiführen sollte.

Wir Mehrheitssozialisten gingen mit allen Hoffnungen in die Versammlung. Wir sagten uns: wenn jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen sein soll... wann denn? Jetzt ist die Stunde, da alles Trennende, alle Differenzen ins Gerümpel geworfen werden müssen. Eine neue Zeit ist angebrochen. Unter das Kapitel der Vergangenheit, der Kriegspolitik, gehört ein dicker Strich gemacht. Wir müssen uns zusammensinden.

Wie bitter wurden wir enttäuscht! Auch diese erschütternden zukunftsreichen Tage hatten bei den Radikalen nicht die Führer, die hier das erlösende Wort fanden. Hätten wir in diesen Stunden unsere Gesichtskennnisse ausgepackt, dann wäre uns eingefallen, daß bei allen großen Revolutionen die radikalen Rurgesühlpolitiker auf eine Spaltung hinarbeiten.

Von dieser Stunde an datiert der Rückmarsch in die Reaktion hinein. Ein geeintes Proletariat hätte den sozialistischen Staat über den für Sozialisten selbstverständlichen Weg der Demokratie verwirklichen können.

Wenn ich heute, nach Jahren, in großen Strichen mit das Bild dieser Konstituante impressionistisch aufzuzeichnen versuche, dann heben sich folgende Einzelheiten deutlich heraus: Auf der Tribüne des Vorstandes Ebert, Ledebour, Liebknecht, Dr. Cohn, Frau Zieh, Barth und viele andere Arbeiterführer. Der Zirkus ist fast bis zur Galerie von den Gewählten der Arbeiter und Soldaten besetzt, die nach schärfster Kontrolle der Anwesenheit zugelassen worden waren. Unten in der Manege haben sich vornehmlich die Delegierten der Soldaten versammelt.

Barth, der Unabhängige, den ich damals zum ersten Male sah, wütelte wie ein Wilder gegen die Sozialdemokraten. Auch Liebknecht schlägt in die gleiche Kerbe. Seine

Ausführungen fanden starken Beifall auf der linken Seite des Hauses, allwo sich die noch kaum gekannten Spartakisten in kleiner Zahl, aber desto lärmender zusammengefunden hatten. Die beiden radikalen Gruppen verlangten die alleinige Befehung des Rates der Volksbeauftragten unter völliger Ausschaltung der Mehrheitssozialisten. Sie wollten keine Einigung vom ersten Augenblick der Revolution an.

Ebert sprach eindringlich... vermittelnd. Jugendliche Spartakisten drangen auf die Vorstandstribüne, überklebten die Barriere und machten unaufhörlich störende Zwischenrufe. Barth sprang auf Ebert in einem Ausbruch seines lavagleichen Temperaments wütend zu, als wenn er ihn erwürgen wollte. Barth und andere Radikale verlangten nachdrücklich die alleinige Befehung des Rates.

Die Einigung schien gescheitert! Und ich sah alte, ergraute Kämpfer, die darob still vor sich hinstarrten. Da erscholl von unten aus der Arena herauf das Wort: Wenn keine Einigkeit zustande kommt, ist die Revolution faisch!

Barth sprang auf einen kleinen Tisch und suchte die Situation der Radikalen zu retten. Suchte das Meer der erregten Soldaten zu glätten. Doch vergebens. Immer und immer riefen diese nach oben zum Vorstandstisch: „Wir wollen die Einigung...! Sonst verhandeln wir nicht weiter! Molkenbuhr soll reden!“

Und Molkenbuhr, der Soldat, der Jüngere, sprach und fand treffliche Worte für die notwendige Einigkeit. Und dann kam diese denkwürdige Versammlung in der Versammlung. Unten in der Arena tagten die Soldaten, Barth war dagegen machtlos.

Ihre Entschliebung forderte energisch die Einigung. Barth suchte verzwweifelt mit den Armen in der Luft herum, aber das sah er schon damals ein, daß man ohne Soldaten nicht gut eine Revolution machen kann. Gerknirsch gab er nach und trat für paritätische Ju-

Der moderne Maler

hängt nicht am alten. Er liest unser FACHBLATT DER MALER

den, abhängig von dem Zeitpunkt der Rückzahlung der in Verbindung mit der Transaktion gewährten Anleihe. Während der Vertragszeit dürfen neue Zündholzfabriken in ganz Deutschland nicht errichtet werden. Die Hälfte der Aktien der Monopolgesellschaft werden direkt oder indirekt von der Svenska Lånstiftning A. B. und der International Match Corp. und die andere Hälfte der Aktien von den deutschen Fabriken und der Reichskredit-Gesellschaft übernommen werden. Die Produktionsquoten der Zündholzfabriken sind so festgesetzt worden, daß die der Svenska gehörenden Fabriken wie bisher etwa 65 % und die deutschen Fabriken etwa 35 % der Zündholzproduktion erhalten. Bezüglich der Preise für Zündhölzer ist festgesetzt worden, daß der Einzelverkaufspreis von 25 auf 30 S pro Paket von zehn Schachteln erhöht wird; besondere ausführliche Bestimmungen für die Preisfeststellung sind im übrigen in den Vertrag aufgenommen. Den Aktionären der Monopolgesellschaft wird eine feste Dividende von 8 % zugesichert. Die deutsche Regierung wird 13 M pro Kiste von 10 000 Schachteln erhalten. Der eventuell darüber hinausgehende Gewinn wird zu gleichen Teilen zwischen dem Reich und den schwedischen Interessenten verteilt werden. In Verbindung mit diesem nunmehr abgeschlossenen Vertrag gewährt die N. V. Financieele Mij. Kreuger & Toll dem Reich eine Anleihe von 125 Millionen Dollar auf 50 Jahre, mit einem Konvertierungsrecht (das Recht zur Vertragsänderung, in diesem Falle zur Rückzahlung zum Nennwert. Die Red.) für das Reich zu pari nach 10 Jahren. Das Darlehen wird in zwei Tranchen verteilt, deren eine zu 50 Millionen Dollar sieben Monate nach der Annahme des Vertrages durch den Reichstag und deren zweite von 75 Millionen Dollar nach weiteren neun Monaten zur Auszahlung gelangt.

Der Reichstag wird dem Vertrag seine Zustimmung kaum versagen. Sollte das doch der Fall sein, dann kann die Reichsregierung bis zum 31. Januar 1930 von dem Vertrag zurücktreten. Findet der Vertrag die Billigung des Reichstages, dann werden sämtliche deutschen Zündholzfabriken zu einer Verkaufsgesellschaft mit einem Kapital von einer Million Mark zusammengeschlossen. Ausgenommen sind davon die Zündholzfabriken der Groß-Einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die aber ebenfalls keine Erweiterung ihrer Produktion vornehmen dürfen, sondern bei steigendem Bedarf Monopolzündhölzer hinzukaufen müssen. In den Leistungen an das Reich werden sie nach Maßgabe ihrer Erzeugung ebenfalls herangezogen.

Da eine Preisüberhöhung von 25 auf 30 S für das Paket mit 10 Schachteln in Aussicht genommen ist, wird eine Mehrbelastung des Konsums um etwa 7 1/2 bis 9 Millionen Mark jährlich oder von 14 bis 15 S pro Kopf der Bevölkerung herauskommen. Für das Monopol bleibt eine Spanne von 125 M pro Kiste (zu 10 000 Paketen), davon gehen ab 60 M für die Steuer, etwa 30 M zur Deckung der Unkosten und für Tilgung des vom Schwedentrust gewährten Betriebskapitals, so daß ein Verbleib von 30 bis 35 M pro Kiste verbleiben dürfte. Nach Abzug der Dividende stünden dann bei einem Umsatz von 150 000 bis 180 000 Kisten 5 bis 6 Millionen Mark zur Gewinnverteilung zur Verfügung. Hiervon gingen für das Reich als Voraus 2 bis 2,3 Millionen Mark ab, der Rest etwa 3 bis 3,7 Million Mark, würde zu gleichen Teilen verteilt, so daß der Schwedentrust im ganzen 1,5 bis 1,85 Millionen Mark, das Reich 3,5 bis 4,2 Millionen Mark als Uebergewinn zu erwarten hätte. Rechnet man den Anteil des Schwedentrusts in die Realverzinsung der Anleihe ein, so ergibt sich für das Reich eine Gesamtbelastung von höchstens 6,85 %.

Samensetzung des Rates der Volksbeauftragten ein.

Drei Mehrheitssozialisten: Ebert, Scheidemann und Landsberg, und drei „Unabhängige“: Haase, Wittmann und Barth, wurden gewählt.

Die Soldaten hatten am 11. November 1918 die Revolution geredet.

Aber das ist eben das Historische dieser provisorischen Konstituante der Novemberrevolution, daß die Radikalen kein Zusammenarbeiten mit den Mehrheitssozialisten von der ersten Stunde der Revolution wollten. Wenn sie schließlich notgedrungen für die Parität eintraten, so taten sie es nur unter dem Zwange der prachtvollen Haltung der Soldatenräte. Den Einsichtigen war es damals schon klar, daß dieser Burgfrieden von nicht allzu langer Dauer sein konnte; denn Parteigeilde, die nur durch Obstruktion lebensfähig bleiben können, haben auf die Dauer kein Interesse an einer praktischen Regierungstätigkeit.

Aber man male sich die Entwicklung aus, die die Revolution genommen hätte, wenn wir ein geeintes Proletariat, eine einzige große sozialistische Partei mit dem 9. November gehabt hätten. Mit doppeltem und dreifachem Schwung wäre es zu den Nationalwahlen gegangen. Die absolute proletarische Mehrheit der Nationalversammlung wäre erreicht worden. Wir hätten dann aber den Weg der Demokratie die einzig mögliche und einzig dauernde Diktatur des Proletariats gehabt.

Diese Zerplitterung des Proletariats hat uns um viele Früchte der Revolution gebracht, stärkte die Reaktion und hat das Tempo der organischen Entwicklung zum rein sozialistischen Staat unteranfällig verlangsamte. Erst spät in der Nacht war die konstituierende Versammlung der jungen Republik zu Ende. Kurze Zeit darauf übermittelten Telegramme und Funksprüche die Nachricht über die vorzogene Wahl der Volksbeauftragten in alle Richtungen. Mag & Co. - Troll.

Die Anleihebedingungen sind also immerhin nicht ungünstig. Bedauerlich bleibt aber die Belastung der ärmeren Bevölkerungskreise dennoch, da für sie eine Abwälzung unmöglich ist. Ohne die der genossenschaftlichen Zündholzproduktion eingeräumte Sonderstellung wäre das nunmehr eingeleitete Zündholzmonopol für die organisierten Verbraucher untragbar gewesen.

Berufsunfälle

Bremen. Auf dem Bahnhof unserer Jahrestelle *Vege* sack ereignete sich am 23. September beim Streichen der Bahnsteigüberdachung ein Berufsunfall, dem an den späteren Folgen ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel. Auf dem Gerüst, dessen Traggäube in Fangbaken ruhten, sollen neun Kollegen beschäftigt gewesen sein. Durch Bruch eines Balkens stürzte das ganze Gerüst mit seiner Menschenlast aus etwa 3 Meter Höhe auf den Bahnsteig. Während die übrigen Kollegen mit dem Schrecken davonkamen, erlitten der Kollege *Röhke* Verletzungen am Antie und der Kollege *Arthur Tauche* mußte mit doppeltem Beinbruch ins Krankenhaus überführt werden. In einer Blutvergiftung, die sich nach etwa drei Wochen den schweren Unfallverletzungen zugesellte, ist der Kollege *Tauche* dann am 17. Oktober gestorben. Ob der Unfall auf Überlastung des Gerüsts zurückzuführen ist, wie es vor einigen Jahren bei dem ähnlichen, aber viel größeren Unglück auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin der Fall war, bei dem neun Kollegen ihr Leben einbüßten und drei weitere lebensgefährliche Verletzungen erlitten, wird die Untersuchung ergeben. Auf alle Fälle muß das Unglück unsern Kollegen eine ernste Mahnung sein, jedes Gerüstmaterial vor der Benutzung gründlich zu prüfen und bei der Arbeitsausführung allergrößte Sorgfalt walten zu lassen.

Gewerkschaftliches

Der fünften Million entgegen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund umfaßte am Ende des vergangenen Jahres 35 Verbände mit insgesamt 4 866 926 Mitgliedern. Im ersten Quartal 1929 liegt diese Zahl auf 4 878 253 und im zweiten Quartal auf 4 942 986 Mitglieder. Im ersten Halbjahr 1929 hat sich also die Mitgliederzahl um 76 080 oder um 1,56 % vermehrt. Langsam aber sicher geht es der fünften Million entgegen.

In der Abwehr gegen die kommunistischen Gewerkschaftspalter

hat der Zentralvorstand des Zimmererverbandes gegen seine Berliner Ortsverwaltung eine einstweilige Verfügung durch das Gericht erwirkt. Dadurch wird der kommunistischen Leitung der Berliner Jahrestelle das Verfügungsrecht über das Jahrestellenvermögen entzogen und gleichzeitig das Betreten der örtlichen Geschäftsräume untersagt. Selbstverständlich sind die verantwortlichen Personen ihrer Ämter enthoben und aus dem Verbandsausganges geschlossen worden. Der Abwehraktion des Zentralvorstandes liegt folgendes zugrunde: Die kommunistische Jahrestellenleitung hatte sich schon lange mehr der kommunistischen Partei als der Gewerkschaft verbunden gefühlt. Sie hatte zuletzt entgegen dem klaren Wortlaut der Verbandsfassung und trotz vorheriger Warnung in einer Delegiertenversammlung einen Beschluß durchgedrückt, wonach für den wilden Streik der Rohrlieger, einer speziell gegen den Deutschen Metallarbeiterverband gerichteten, nunmehr ruhmlos zusammengebrochenen Bewegung 25 000 M aus lokalen Mitteln ausgegeben werden sollten. Es kann natürlich nicht angehen, daß eine Gewerkschaft den Spalt eines anderen Verbandes Unterstützung aus den Mitteln der Mitglieder zukommen lassen darf. Aber diese Provokationen des kommunistischen Reichstagsabgeordneten *Repschläger* und seiner Hintermänner hatten ja gerade den Zweck, im Zimmererverband eine der best fundierten freien Gewerkschaften zu treffen, um damit für den Spaltungskongreß Vorarbeit zu leisten. Wohin der Weg gehen soll, zeigen die Maßnahmen der Verbandsleiter, den Mitgliedern ihre Mitgliedsbücher durch die Beitragskassierer abnehmen zu lassen und den Anweisungen des Verbandsvorstandes keine Folge zu leisten.

Der Vorgang ist so wichtig, daß wir unsere Mitglieder davon verständigen, ohne eine offizielle Bekanntmachung des Zimmererverbandes abzuwarten. Daß die Kommunisten in ihrer Presse, allen voran natürlich die „Rote Fahne“, in hysterischem Wutgeschrei ihrem Herzen Luft machen, versteht sich von selbst. Wer aber in diesen Zeitungen nicht nur die Leitartikel und Schlagzeilen liest, wird keine Nummer finden, in der nicht Ausschlässe von Oppositionellen wegen viel geringerer Vergehen ausgesprochen werden. Es ist deshalb mindestens partiärhaft, nur den Spalter im Auge seines Nächsten zu suchen. Die Gewerkschaften als Kampfsorganisationen haben sich noch nicht zu dem urchristlichen Standpunkt zurückzuredieren können, die Gemeinschaft mit Unorganisierten der Solidarität mit gleichgesinnten Mitkämpfern voranzuführen. Im übrigen: warum denn das Geschrei, wenn man auf dem besten Wege ist, dem lang erstrebten Ziel so nahe zu kommen?

Der *Fachauschuß* für die Gewerkschaftspresse hatte zum 15. und 16. Oktober eine Konferenz der Schriftleiter der Verbandsorgane und der gewerkschaftlichen Jugendzeitschriften nach Berlin berufen. Der Vorsitzende, *Hermann Scheffler*, gedachte bei der Eröffnung der Konferenz des Autounglücks, von dem *Theodor Leipart* am Tage zuvor betroffen wurde, und brachte mit herzlichem

Worten im Namen der Versammelten die besten Wünsche für die völlige Wiederherstellung des Bundesvorsitzenden zum Ausdruck. — Die Tagesordnung der Konferenz begann mit einem Vortrage des Genossen *Raphaël* über die Bedeutung des *Young-Planes* für die Arbeiterklasse. Der Vortragende gab eine Uebersicht über die Konsequenzen für die materielle Lage der Arbeiterklasse, die im Zusammenhang mit der Annahme des *Young-Planes* zu erwarten sein dürften, und damit die Möglichkeit zu Schlussfolgerungen hinsichtlich der Abwehr nachteiliger Folgen der bevorstehenden finanzpolitischen Entscheidungen. Fragen der Hörer boten dem Referenten Gelegenheit, seine wertvollen Darlegungen in einem ausführlichen Schlusswort wesentlich zu erweitern.

Scheffler erstattete sodann einen Bericht über die Tätigkeit des *Fachauschusses*. Eine vom *Fachauschuß* ausgearbeitete Denkschrift, Vorschläge für eine Reform des Zeitungsverbandes enthaltend, lag der Konferenz vor. Mit ihrer Ausarbeitung hat der *Fachauschuß* den Auftrag einer früheren Redakteurkonferenz ausgeführt. Er hat über die Möglichkeiten zur Beschleunigung des Verbands genaue Ermittlungen angestellt, die er in seiner Denkschrift mitteilt, um die Verbandsvorstände anzuregen, sich dieser Möglichkeiten zu bedienen. Des weiteren sind die Bemühungen hervorzuheben, die der *Auschuß* unternommen hat, um den Verkehr, den die Reichs- und Staatsbehörden mit der Presse unterhalten — sei es durch die Herausgabe von Pressematerial, sei es durch die Abhaltung von Pressekonferenzen —, auch auf die Gewerkschaftsblätter auszudehnen. Mit dem *Institut für Zeitungskunde* an der Universität in Berlin hat der *Fachauschuß* eine Verbindung angeknüpft, die dahin zielt, den Kollegen von der Gewerkschaftspresse den Zutritt zu den Einrichtungen des *Instituts* zu erschließen und auch auf diese Einrichtungen, namentlich auf die Lehrpläne, einen Einfluß in der Art zu gewinnen, daß die Beteiligung der Redakteure an dem *Institut* von Nutzen ist für die Gewerkschaftspresse. — An den *Fachauschuß* gelangen, wie *Scheffler* mitteilen konnte, Einladungen von Großunternehmungen, städtischen Behörden und andern Institutionen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft — Einladungen zum Besuch der von diesen Stellen betreuten Einrichtungen in Verbindung mit der Abhaltung von Konferenzen. Und wenn auch keine Möglichkeit zur Befolgung aller dieser Einladungen besteht, so zeugen sie doch davon, daß die Gewerkschaftspresse durch ihr Hinsüßtreten in die breite Öffentlichkeit in steigendem Maße Beachtung findet. Mit Institutionen, die mit der Arbeiterbewegung eng verbunden sind, wie die *Volksfürsorge* und andere, sollen Betätigungen über ein besseres Zusammenwirken zwischen deren Pressestellen und der Gewerkschaftspresse gepflogen werden. Ferner wird sich der *Fachauschuß* (in unverbindlicher Form) die Beratung der Kollegen bei der Gewinnung sachkundiger Mitarbeiter für bestimmte Sachgebiete wie für einzelne wichtige Vorgänge im öffentlichen Leben angelegen sein lassen. Zum Schluß beschäftigte er sich eingehend mit der Frage der Buchbesprechungen.

Nach kurzer Diskussion über diesen Bericht *Schefflers* wurden die Verhandlungen abgebrochen, da die *Berliner Verkehrs-A. G.* zur Besichtigung ihrer modernen Betriebe eingeladen hatte. Diese Besichtigung verschaffte den Teilnehmern einen interessanten Einblick in das großzügig organisierte Betriebe der Straßenbahn-Bahnhöfe und Riefengaragen der Autobusse, aus deren baulich schönen Hallen sich Tag für Tag von neuem der Strom der Fahrzeuge über die Stadt ausbreitet. Im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindevahlen hatte diese Besichtigung bemerkenswerter Einrichtungen der größten kommunalen Verkehrsunternehmung auch aktuellen Wert.

Am zweiten Tage der Konferenz sprach *Erich Knauß*, Lektor bei der *Büchergilde Gutenberg*, über den Ausbau des Unterhaltungsteils der Gewerkschaftsblätter. Er gab den Redakteuren sehr wertvolle Winke für die Gestaltung eines charaktervollen, zum Nutzen der Bewegung wirksamen und stofflich an das Interesse des Lesers anknüpfenden Feuilletons, und seine Anregungen wurden in einer lebhaften Debatte nühbringend erörtert. In der Debatte spielte namentlich die Frage eines Preisausschreibens zur Gewinnung von Kurzgeschichten, die für die Gewerkschaftspresse geeignet sind, eine Rolle.

Zum letzten Punkt, *Ausbau der Jugendzeitschriften* der Gewerkschaften, sprach *Genosse Haase*. Referat und Diskussion ergaben auch hier wichtige Fingerzeige für eine zweckvolle stoffliche Ausstattung der Blätter. Aufgabe des *Fachauschusses* wird es sein, die mitgeteilten Erfahrungen auszuwerten.

Sozialpolitisches

Maßnahmen zum Ausgleich der Konjunkturschwankungen.

Seit dem 1. Januar 1919 wird bei allen Ressorts der Reichsregierung eine genaue Statistik über die öffentlichen Aufträge größeren Umfangs durchgeführt. Diesem Vorhaben haben sich auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums mit dem 1. April auch die Landesbehörden angeschlossen. Die Erhebung dient nicht nur einer Ermittlung über die Höhe der öffentlichen Sachausgaben, sondern es soll in erster Linie festgestellt werden, zu welcher Jahreszeit die einzelnen Arbeiten vergeben beziehungsweise ausgeführt wurden. Man hofft damit zuverlässige Unterlagen zur Möglichkeit eines weitgehenden Konjunkturausgleichs zu erhalten und hat gleichzeitig eine Anweisung der höchsten Stellen weitergegeben, daß nach Möglichkeit alle Arbeiten in die Zeit verlegt werden, wo in den einzelnen Berufen wenig Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Man wird den Ermittlungen mit größtem Interesse entgegensehen dürfen.

Wenn die Nutzenwendung noch in diesem Winter wirksam werden soll, muß auf beschleunigte Bearbeitung und Veröffentlichung des Materials gedrängt werden.

300 Arbeiter decken den ganzen deutschen Türenbedarf.

Auf dem Verbandstag des Holzarbeiterverbandes hielt der Verbandsvorsitzende Tarnow eine interessante Rede über Tatsachen und Probleme der Rationalisierung. Die Rationalisierungserfolge in der Holzindustrie wurden dort auf Grund eigener Erhebungen ausführlich behandelt. Ganz gewaltige Leistungssteigerungen sind in den letzten Jahren in der Holzindustrie erzielt worden. In der Möbelfabrikation wurden Leistungssteigerungen innerhalb weniger Jahre von weit über 100% erzielt. Damit geht ein Sinken der Zahl der Facharbeiter einher. Von 1913 bis 1929 senkte sich der Prozentsatz der Facharbeiter in einer Möbelfabrik in Berlin von 83 auf 37, in einer Schlafzimmersfabrik in Eisenburg von 81 auf 35, in einer Kleinfabrik in Jüterbog von 61 auf 13 usw. Also eine sehr fühlbare Strukturwandlung in der Holzindustrie. Die Steigerung der motorisierten Betriebe springt in die Augen. Sie bedeutet den Zuwachs der Arbeitskraft von 2 Millionen Holzarbeitern in Form von Maschinen. Trotzdem ist die Zahl der Beschäftigten in der Holzindustrie von 1895 bis 1925 um 60% gestiegen. Interessant war folgende Feststellung: In einer modern eingerichteten Hamburger Türenfabrik stellten 30 Arbeiter, worunter sich sieben Facharbeiter befanden, in einem Tage 500 Türen her. Auf eine Wohnung sechs Türen berechnet und bei der Annahme, daß wie bisher jährlich etwa 200 000 Wohnungen gebaut werden, ergibt sich ein Bedarf von 1 200 000 Türen. Nach der obigen Leistung würden 300 Arbeiter je Tag 5000 und im Jahr 1 1/2 Millionen Türen, das heißt den Türenbedarf für den ganzen deutschen Wohnungsbau decken können. Des sind Aussichten und Möglichkeiten einer technischen Entwicklung, die man kaum für möglich hielt und die damit vielleicht auch ihr Ende noch nicht erreicht hat. Vielleicht kommen wir zu einem Zustand, den Tarnow durch ein Zitat des Betriebswissenschaftlers Schmalenbach folgendermaßen kennzeichnet: „Das Ziel ist die menschenlose Fabrik. Das Ideal der weiteren technischen Entwicklung ist, den Zustand zu erreichen, wo bloß noch jemand an einem Schalterknopf steht und drückt, und sonst muß der ganze Betrieb automatisch laufen.“ Wenn es auch noch etwas dauert, ehe wir zu diesem Zustand gelangen, so nähern wir uns ihm doch sehr merklich. Und immer brennender wird die Frage, was wird aus den Menschen, die aus dem Produktionsbetrieb ausgeschaltet werden. Damit wird sich die Menschheit und namentlich die verantwortlichen Stellen in den nächsten Jahren sehr eingehend zu befassen haben. Die Arbeiterbewegung wird ihr Teil zur Lösung dieses brennenden Problems beitragen müssen. Es geht um Sein oder Nichtsein!

Ein Reichslehrgang über Alkoholkrankenfürsorge

hielt der Arbeiter-Abstinenzbund am 21. und 22. September unter Teilnahme von 75 Vertretern in Halle a. d. S. ab. Nach instruktiven Vorträgen des Stadtarztes Genossen Dr. Franke, Berlin, „Der alkoholranke Mensch“, des Stadtarztes Genossen Weich, Merseburg, über die „Notwendigkeit sozialer Fürsorge“ und des Stadtarztes Genossen Dr. Dünker, Berlin, über „Die besonderen Aufgaben des Arbeiter-Abstinenzbundes“ fand eine Entscheidung, in der gefordert wird, daß die Fürsorge für Alkoholgefährdete und Alkoholranke nur in wirklich gemeinnützig betriebenen Anstalten durchgeführt wird, einseitige Annahme. Private Heime und Heilstätten werden als ungeeignet grundsätzlich abgelehnt. Des weiteren wird eine Zusammenarbeit der vom Staat, den Gemeinden, Landesversicherungsanstalten und Krankenkassen ins Leben gerufenen Heilstätten mit dem Arbeiter-Abstinenzbund als wünschenswert bezeichnet. Im zweiten Teil wird ein Verbot des Ausschanks und Verkaufs alkoholischer Getränke in Warenhäusern und ein allgemeines Verbot des Verkaufs alkoholhaltiger Schokoladen und Süßigkeiten gefordert. Eine beigegebene Begründung weist treffend auf die Gefahren für Frauen und Kinder durch den allzu leicht zu beschaffenden, aber zweifellos schädlichen Genuß alkoholhaltiger Süßigkeiten hin.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Der Tätigkeitsbericht der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene für das Jahr 1928/29 unterrichtet darüber, daß sich die literarische Tätigkeit der Gesellschaft auf die Herausgabe des „Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung“ und zweier Schriftenreihen, die „Beihefte zum Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung“ und die „Schriften aus dem Gesamtgebiet der Gewerbehygiene“ erstreckt. Insgesamt sind in der Berichtszeit sieben Schriften über Referate und Untersuchungen aus den verschiedensten Gebieten des gesundheitlichen Arbeiterschutzes herausgegeben worden. Vortragskurse wurden außer auf der Haupttagung in Heidelberg, über die an dieser Stelle schon berichtet wurde, in Berlin, Bochum und Bonn veranstaltet. Der ärztliche Ausschuß trat gleichfalls zu einer Haupttagung zusammen und kam der ärztlichen Forschungs- und Fortbildungsarbeit durch besondere Lehrkurse entgegen. Auch die einzelnen Abteilungen, von denen der „Technische Ausschuß“, der „Ausschuß für gesundheitsmäßige Arbeitsgestaltung“ und der „Ausschuß zur Bekämpfung gewerblicher Lärm- und Staubschädlichkeit“ besonders erwähnt zu werden verdienen, haben in ihren Berichts-Erfolgreiches geleistet.

Sehr umfangreich war die Tätigkeit auf dem Gebiet der gewerbehygienischen Volksbelehrung, wozu sie sich insbesondere an zahlreichen Ausstellungen beteiligte. Auch die mit der Geschäftsstelle verbundene Bibliothek, Auskunfts- und Beratungsstelle erfüllte eine rege Tätigkeit. Wir müssen es bei dieser schwermütigen Ansätze aus Raumgründen bewenden lassen und wollen nur noch ausdrücklich wünschen, daß der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene für die im Interesse der Volksgesundheit ausgeübte Tätigkeit auch in Zukunft weitestgehende Förderung und Unterstützung zuteil wird.

Vom Ausland

Die Gips- und Malergenossenschaft in Zürich konnte im Oktober auf ihr 20jähriges Bestehen zurückblicken. Unter den Auswirkungen der heftigen Kämpfe um die Verbesserung der baugewerblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen im Jahre 1909 als Gipsergenossenschaft gegründet, wurde dem Unternehmen 1911 noch ein Malereibetrieb angegliedert. Allen Anfeindungen zum Trotz hat sich die Genossenschaft glänzend entwickelt. 1928 waren 75 Arbeitnehmer aus dem Gipsergewerbe und 60 Maler beschäftigt. Unter ihrer Mitwirkung konnten unter anderem in acht Bauetappen seit 1925 insgesamt 565 Neubauwohnungen errichtet und damit der auch in Zürich und Umgegend herrschenden Wohnungsnot entgegen gewirkt werden. Besonders lehrreich für unsere deutschen Kollegen sind die Feststellungen über die allgemeinen Berufsverhältnisse in den letzten 20 Jahren. Bis 1911 hatte ein Kollektivvertrag für das Malergewerbe mit beiderseitigem Organisationszwang bestanden und eine feste Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gesichert. Mit dem Ablauf dieses Vertrages nahm nicht nur das straffe Organisationsverhältnis ein jähes Ende, sondern die vertragslose Zeit erteilte unsern Kollegen höchst lehrreichen Anschauungsunterricht. In einem Rückblick auf diese Zeit führt eine vortrefflich mit graphischen Tabellen und Bildern ausgestattete Jubiläumsbroschüre wörtlich aus: „Materiell wirkte sich der vertragliche Zustand so aus, dass der Arbeitslohn sank, nicht mehr stabilisiert werden konnte, und die Arbeitszeit in den meisten Fällen willkürlich gehandhabt wurde. Der zuerst und sehr fühlbar Geschädigte war natürlich der Arbeiter. Im Lager der Malermeister machte sich jedoch bald genug die sogenannte Schutzkonkurrenz breit, die ja bis heute so schöne Blüten treibt. Der Machtstandpunkt, den unsere Gegner im Lager der Meister hervorbrachten, hatte also auch für sie sehr unliebsame Folgen, von denen auch die dort treibenden und scharfmachenden Personen nicht verschont blieben.“ Während damals in den privaten Betrieben mindestens noch 53 Stunden die Woche gearbeitet wurde, führte die Genossenschaft schon 1912 die 50-Stunden-Woche, im Jahre 1914 die 45-Stunden-Woche erst provisorisch und dann 1919 endgültig ein. Ausserdem werden durchschnittlich um etwa 20% höhere Löhne gezahlt als in privaten Betrieben. Dazu werden sämtliche gesetzlichen Feiertage als Arbeitszeit bezahlt, Zuwendungen in Krankheits-, Not- und Sterbefällen gewährt und 3 bis 5% des normalen Arbeitslohnes als Feriengeld vergütet. Das sind soziale Leistungen, an deren Durchführung bei dem Fehlen tariflicher Bindung bei Privatunternehmern bisher gar nicht zu denken war. Sie zeigen aber, was gemeinnützige, systematisch aufgebaute Zusammenarbeit unter zielbewusster Leitung zu schaffen vermag.

Berichtliches

Die Leipziger Messen im Jahre 1930.

Der Hauptauschuss der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Messe e. V., das maßgebende Gremium der Aussteller und Einkäufer, hat sich in seiner während der Herbstmesse abgehaltenen Sitzung auch mit der Frage der zukünftigen Gestaltung der Leipziger Herbstmesse befasst. Er hat sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß an dem Fundament der Leipziger Messe in keiner Hinsicht gerüttelt werden dürfte und deshalb hinsichtlich der Termine und der Dauer der Herbstmesse keinerlei Änderungen eintreten sollen. Die Leipziger Messen 1930 finden deshalb wie folgt statt: Die Frühjahrsmesse vom 2. bis 8. März (Große Technische Messe und Baummesse bis 12. März), die Herbstmesse vom 31. August bis 6. September.

Auf einen Schelmen anderthalbe.

Was so ein richtiger kapitalistischer Unternehmer ist, weiß das Angenehme immer mit dem Nützlichen zu verbinden. Hatte da vor einiger Zeit eine Breslauer Likörfabrik das dringende Bedürfnis, zur Förderung junger Künstler — nebenbei allerdings auch zur Hebung des Absatzes — ein Preisausschreiben zur Erlangung künstlerischer Entwürfe für ein wirkungsvolles Plakat zu veranstalten. Um aber sicher zu gehen, wirklich seinen Wünschen entsprechende Plakate zu erhalten, richtete der Likörfabrikant den bekannten Zeichner Fritz Koch-Gotha nachstehendes Schreiben:

„Wir beabsichtigen kommenden Herbst unsere Liköre in allen größeren Städten zu propagieren und benötigen dazu ein besonders auffallendes Plakat. Wir denken dabei an die Art Ihrer Allsteinplakate in dem Untergrundbahnhof. Um ein besonders werbewirksames Bild zu erhalten, haben wir ein Preisausschreiben für alle Graphiker Deutschlands veranstaltet und würden uns freuen, wenn auch Sie sich mit zwei oder mehreren Vorlagen daran beteiligen würden. Das prämierte Bild erhält einen Preis von 500 M., die nichtprämierten Vorlagen können nicht zurückgeschickt werden.“

Der Künstler hatte ganz richtig herausgefunden, worauf es in dem Preisausschreiben ankam, und da er über eine gute Portion Humor verfügt, antwortete er der Likörfabrik:

„Ich beabsichtige, kommenden Herbst ein Preisausschreiben für den besten Likör Deutschlands zu veranstalten und würde mich freuen, wenn Sie sich mit zwei oder mehreren Flaschen daran beteiligen würden. Der von mir prämierte Likör erhält einen Preis von 50 M., die nichtprämierten Flaschen können nicht zurückgeschickt werden.“

Vom 4. Nov. bis 10. Nov. ist die 45. Beitragswoche

Vom 11. Nov. bis 17. Nov. ist die 46. Beitragswoche

Die Schnapsfabrikanten scheinen überhaupt besonders geschäftsfähig zu sein. Der Stahlhelmführer und Likörfabrikant Selbte in Magdeburg stürzt sich bei seiner Reklame allerdings nicht in so große geistige Unkoften. Er begnügt sich damit, seine alkoholischen Erzeugnisse als hervorragende Förderer des — weitesten Kreises unseres deutschen Volkes mangelnden — „vaterländischen Geistes“ anzupreisen. Die zahlreichen Erzfälle seiner Anhänger zeigen den Erfolg der zweifelhaften GeistesEinstellung dieser „Volksbewegung“.

Briefkasten

Kollege P. P., Frankfurt a. M. Mit dem Poststempel Kristel im Taunus ist uns ein längeres Schreiben ohne Unterschrift zugegangen, in dem sich der Einsender mit Berufung auf den Artikel „Forderungen des Deutschen Krankenkassentages“ in Nr. 37 des „Maler“ wegen unrichtiger Handhabung der Krankenordnung, der Nachuntersuchungen durch Vertrauensärzte usw., beschwert, ohne die angegriffene Krankenkasse namhaft zu machen. So gern wir Mißständen entgegenwirken, die bei dem riesigen Umfang der Krankenversicherung sich bemerkbar machen können, müssen wir ein Eingehen ablehnen, wenn nicht tatsächlich nachweisbare Angaben gemacht werden. Auf anonyme Zuschriften kann man nicht antworten. Es widerspricht auch den vom Einsender gestellten Anforderungen an „ehrlichen und offenen Kampf“, sich hinter das nichtsagende Pseudonym P. P. zu verstecken. Die Schriftleitung.

Literarisches

Die „Uranta“ voran! Mit dem Oktober begann die seit sechs Jahren wieder erscheinende kulturpolitische Monatschrift über Natur und Gesellschaft einen neuen Jahrgang. Ein Vergleich mit den Ausgaben der Anfangszeit zeigt, daß der rührige Verlag den Inhalt noch weiter und besser ausstatten konnte, als er beabsichtigt und versprochen hatte. In den Abteilungen „Technik und Weltwirtschaft“ sowie „Soziale Wandern“ wird Hervorragendes geboten. Durch das Beiblatt „Der Leib“, auf dessen bildliche Ausstattung ebenso große Sorgfalt gelegt wird wie auf die Texte selbst, findet diese empfehlenswerte naturwissenschaftliche Zeitschrift eine wertvolle Ergänzung. Eine willkommene Gelegenheit zur Vertiefung des allgemeinen Wissens sind die vierteljährlichen Buchbelegungen. Der Beginn des neuen Jahrgangs sollte allen denen, die noch nicht Leser dieser einzigartigen Zeitschrift sind, die Grundwissen in Wort und Bild sehr verständlich und klar vermittelt, Verantwortung geben, ebenfalls ein Abonnement einzugeben. Bestellungen werden von jeder Buchhandlung, wo keine am Platze, direkt vom Uranta-Verlag in Jena entgegengenommen.

Das Reichsverlagsamt, Berlin NW 40, Schornborckstraße 4, hat soeben ein reichhaltiges Auktionskoffer über alle von ihm herausgegebenen Veröffentlichungen, Blätter, Schriften, Gesellschaftern usw. zum Verkauf gebracht. Interessenten ist Gelegenheit gegeben, einzelne Rechtmaterien aus dem „Reichs-Auktionskoffer“ in Sonderdrucken und durch ein Dauerabonnement alle Neuerscheinungen und Ergänzungen zu beziehen. Die Kosten sind auf ein Mindestmaß beschränkt. Postbeförderungsgebühren gehen zu Lasten des Bestellers. „Der Wahre Jacob“. Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung. Erscheint vierzehntäglich und kann durch die Post, alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag S. S. Dieb-Nachfolger, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, bezogen werden. Preis der Nummer 30 S.

Bereinstell

Bericht der Hauptkasse über eingelangte Gelder vom 15. bis 31. Oktober.

Eingeliefert haben: Altona 63,85 M., Apolda 150, Augsburg 300, Bamberg 400, Berlin 2000, Chemnitz 900, Crammichau 80, Cuxhaven 150, Dessau 700, Dresden 4500, Eisenach 300, Eibing 500, Erfurt 500, Essen 3000, Frankfurt am Main 1000, Freiberg 150, Freiburg 150, Gera 50, Glauchau 280, Gotha 1000, Hof 500, Jüterbog 45, Kaiserslautern 250, Karlsruhe 1700, Kassel 3533, Koblenz 150, Köln 800, Kottbus 678,86, Krefeld 450, Lehr 45, Leipzig 7200, Lörrach 70, Lübeck 1200, Mainz 7000, Marburg 1500, Meerane 300, Mörs 170, Mülheim 300, München 1500, Münster 250, Oberstein 180, Plauen 1000, Regensburg 250, Saarbrücken 2000, Schweinfurt 100, Senftenberg 488,76, Stettin 350, Stuttgart 2000, Ulm 250, Weiden 200, Weißwasser 100, Wiesbaden 1100, Wismar 250. Louis Ringel, Kassierer.

Sterbetafel.

Bremen. (Zahlstelle Vegeack.) Am 17. Oktober verstarb an den Folgen eines Unfalles unser Kollege Arthur Tauche im Alter von 28 Jahren. Breslau. Am 21. Oktober starb unser Kollege Paul Wolf im Alter von 57 Jahren an Herzschwäche. Dresden. Am 27. Oktober starb nach kurzem Krankelager an Herzmuskelerkrankung durch einen Schlaganfall unser langjähriges treues Mitglied Rudolf Matfäb im Alter von 63 Jahren. Hamburg. Am 22. Oktober starb nach längerer Krankheit der Kollege Christian Warncke im Alter von 66 Jahren. Oldenburg. Am 25. Oktober starb an einem Schlaganfall nach 26jähriger Mitgliedschaft unser treuer Kollege Ferdinand Schmidt im Alter von 65 Jahren. Ueber acht Jahre übte er das Amt des Filialkassierers in vorbildlicher Weise aus und war auch während der übrigen Zeit stets in bestem Sinne für die Organisation tätig gewesen.

Ehrendem Andenken!

Fernunterricht über Malerbuchführung Kalkulation, Vorbereitung auf die Meisterprüfung, Ausbildung zum Geschäftsführer. Ohne Berufsprüfung. Franz Wenzel, Raunhof b. Leipzig.